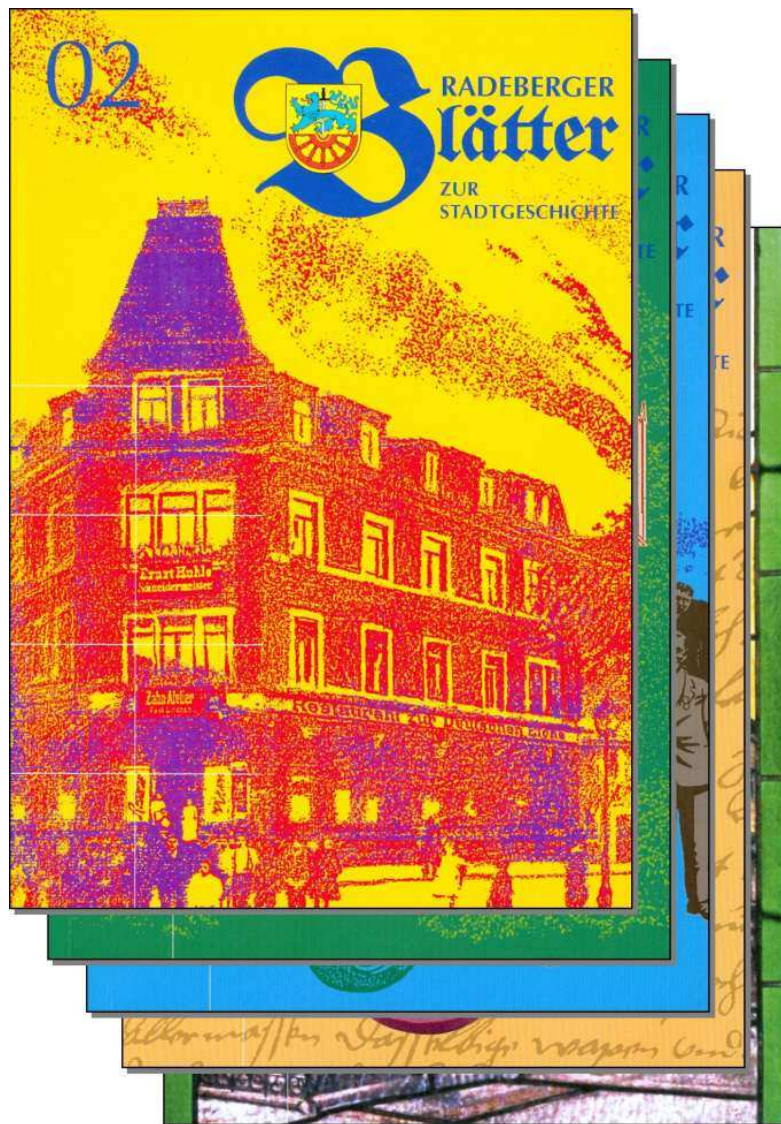


Feuerwerkslaboratorium Radeberg 1915 bis 1919

Autor: Bernd Rieprich



Dieser Beitrag ist erschienen im Heft 02 der
Radeberger Blätter zur Stadtgeschichte
Herausgeber: Stadt Radeberg in Zusammenarbeit mit der
Arbeitsgruppe Stadtgeschichte August 2004

Feuerwerkslaboratorium Radeberg 1915 - 1919

von Bernd Rieprich

Situation zu Beginn des ersten Weltkrieges

Im Jahre 1914 befand sich im Norden von Dresden und damit in unmittelbarer Nähe von Radeberg mit der Albertstadt, abgetrennt von der übrigen Stadt Dresden, auf einer Fläche von ca. 300 ha der größte zusammenhängende Militärstandort Deutschlands. Er enthielt sowohl umfassende Kasernenkomplexe in ost- westlicher Ausdehnung einschließlich Ausbildungsgelände, als auch mit dem Arsenal ergänzt durch die Munitionsanstalt in nördlicher Ausdehnung ein Gelände mit eigener Waffenherstellung und Lagerung der gesamten notwendigen Kriegsausrüstung.

Mit dieser Struktur verlief in Dresden die Mobilmachung zu Beginn des ersten Weltkrieges weitestgehend problemlos, die Stärke der Garnison wurde kurzfristig auf 45.000 Mann erhöht. Die für die Leitung des Arsensals zuständige Feldzeugmeisterei sicherte eine zügige Ausrüstung und Bewaffnung. So wurden z.B. pro Geschütz 1.000 Granaten bereitgestellt.¹

In falscher Einschätzung des zu erwartenden Kriegsablaufes waren für die Dresdener Feldzeugmeisterei nur ein Nachschub von monatlich 14.000 Kanonengeschossen und 4.000 Haubitzen geschossen vorgesehen. Nach einigen Monaten, noch im Vormarsch der Truppen nach Westen, wurden jedoch erste Versorgungsprobleme im Nachschub mit Kriegsausrüstungen sichtbar. Es wurde versucht, die Engpässe durch kurzfristige Produktionssteigerungen zu beheben. Zusätzlich wurden Erweiterungsbauten im nördlichen Anschlussgebiet des Dresdener Arsensals errichtet und Teilaufträge innerhalb der Munitionsfertigung an die Privatindustrie vergeben. Aber auch diese Maßnahmen konnten den sich nach dem Scheitern der Blitzkriegtheorie in dem folgenden materialintensiven Stellungskrieg (Trommelfeuer) und dem Einsatz neuer Schnellfeuerkanonen eingetretenem enormen Materialverbrauch nicht mehr sichern. So erfolgte bereits mit Schreiben des Sächsischen Kriegsministeriums vom 25.11.1914 eine Neuorientierung auf einen monatlichen Bedarf von 600.000 Kanonengeschossen und 200.000 Haubitzen geschossen. Ein besonderer Engpass bestand bei Zündern. Erschwerend kam hier hinzu, dass mit Schreiben vom 26.3.1915 das Kriegsministerium in Berlin mitteilte, dass Preußen die bisherigen Zünderzulieferungen für das Arsenal Dresden nicht mehr realisieren kann. Am 17.5.1915 wurde daher durch die Feldzeugmeisterei der Vorschlag für den Bau eines zusätzlichen Feuerwerkslaboratoriums vorgelegt. Er enthielt als Begründung, dass alle noch möglichen Erweiterungen im bestehenden Arsenalgelände für die Erhöhung der Produktion von Ausrüstungen für die Infanterie genutzt werden sollten.

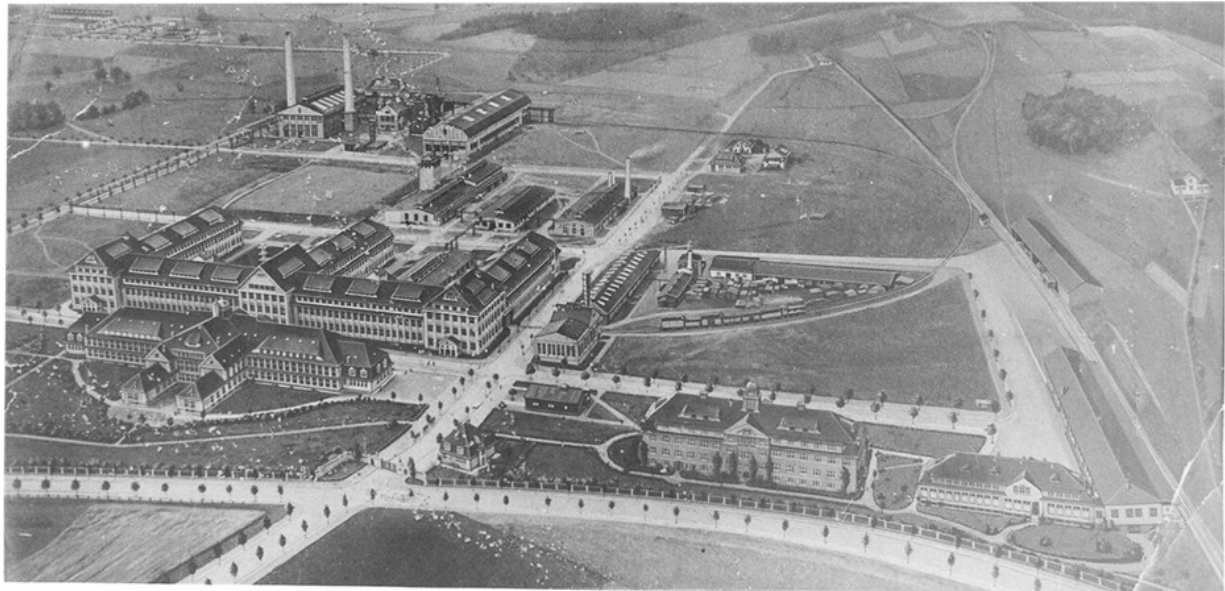
Das neue Feuerwerkslaboratorium sollte auf den Schwerpunkt Zünderproduktion ausgerichtet werden. Dies ergab sich aus der nach 1914 wesentlich erweiterten Vielfalt verschiedener Zünder für unterschiedliche Einsatzfälle. Außerdem waren gehäufte Beschwerden von der Front über unsichere Funktionen von Zündern aus der Privatwirtschaft aufgetreten. Daher sollten funktionsbestimmende Baugruppen nur noch in Staatsbetrieben gefertigt werden.

Der Bau des Feuerwerkslaboratoriums in Radeberg

Vorbereitung

Für den Neubau des Feuerwerkslaboratoriums war zuerst eine Erweiterungsfläche im Norden des Arsensals Dresden in der Dresdener Heide vorgesehen. Nachdem aber bereits für neue Sprengstoff- und Munitionsdepots Erweiterungsflächen der Dresdener Heide genutzt wurden, waren weitere Flächen durch das Innenministerium vorerst verweigert worden.

In Kenntnis dieser Sachlage hat am 14.5.1915 der Stadtrat Radeberg der Feldzeugmeisterei Dresden ein Gelände im Süden der Stadt Radeberg für den Kauf durch den Reichsfiskus zur Errichtung eines Feuerwerkslaboratoriums angeboten. Am 18.5.1915 hat der Stadtrat einen ersten Lageplan nachgereicht, der eine Fläche von ca. 100 ha umfasste, die aus Teilen des ehemaligen Exerzierplatzes, des durch die Stadt erworbenen Stillmarkschen Grundbesitzes und durch Zukauf von Privatpersonen zu erwerbendes Ergänzungsgelände bestand. Weiterhin wurde für die bessere Erschließung ein Gleisanschluss in Aussicht gestellt.



Feuerwerkslaboratorium Radeberg, spätere Gesamtansicht

Bereits am 19.5.1915 bat die Feldzeugmeisterei beim Radeberger Stadtrat um einen Besichtigungstermin am 20.5.1915. Neben der Feldzeugmeisterei als Gesamtverantwortlichen für den Standort Dresden und seiner Erweiterung wurde für die Besichtigung das für das gesamte Baugeschehen zuständige Militärbauamt III hinzugezogen. Da die Besichtigung des Geländes eine prinzipielle Verwendbarkeit ergab, wurde durch die Feldzeugmeisterei kurzfristig eine Denkschrift zum Neubau eines FWL in Radeberg für das Reichsschatzamt erarbeitet. Neben der nochmaligen Bestätigung der Notwendigkeit der kurzfristigen Erbauung eines zusätzlichen FWL wurde die Eignung des Geländes in Radeberg hervorgehoben und die Erstellung eines Kostengutachtens zur Bewertung des Angebotes der Stadt Radeberg vorgeschlagen. Die komplette Denkschrift wurde in den Akten bisher nicht gefunden. Eine Reihe von Stellungnahmen zeigen alle eine positive Grundtendenz. Die Gegenüberstellung einer vorläufigen Ausarbeitung des Stadtbauamtes Radeberg vom 31.5.1915² und des Gutachtens von Rittergutsbesitzer Leuthold aus Lomnitz für die Feldzeugmeisterei vom 24. 6.1915 ergibt nachfolgende Summen

	Stadt Radeberg	Feldzeugm.
Preis für Grund und Boden	483.920,00 Mark	503.550,00 Mark
Straßenbau	661.975,00 Mark	727.080,00 Mark
Anschlussgleis		55.000,00 Mark
Abgeltung Stadtgutgebäude		28.300,00 Mark

Erleichtert wurde die Bewertung der Erschließungskosten durch einen bereits aus dem Jahre 1909 vorliegenden Straßenerschließungsplan für die bis dahin im wesentlichen unbebauten Flächen im Süden von Radeberg jenseits der Eisenbahntrasse. In Anlehnung an diesen Plan umfasste der vorgesehene Straßenbau

- Ausbau des Forstweges bis zum Forsthausgrundstück
- Verlängerung der Goldbachstraße ab Güterbahnhofstraße als Straße 11 bis Straße 46 (heute Heidestraße)
- Verlängerung der Schillerstraße als Straße 45 bis heutige Heidestraße und darüber hinaus(bis dahin nicht geplant) bis Grenze Forstgelände
- Ausbau Straße 45 (Heidestraße von Forststraße bis zur “Bretterwand”) und Straße 56 (Heidestraße ab “Bretterwand“ bis Schillerstraße)

Das gegenüber dem Gutachten der Feldzeugmeisterei günstigere Angebot der Stadt Radeberg beschleunigte die Entscheidung für einen Zuschlag in Richtung Radeberg. Das Preisangebot des Radeberger Rates wurde in bisherigen Betrachtungen zur Betriebsgeschichte teilweise als Schleuderpreis dargestellt. Die internen Dokumente des Stadtbauamtes weisen jedoch einen Gewinn von etwa 200.000,- Mark bei Grund und Boden aus. Bei den Erschließungskosten wurde ein Zusatzbedarf von 40.000,- Mark eingestellt, von dessen Zinsen die bei militärischer Nutzung von Grund und Boden ausbleibende Grundsteuer gedeckt werden sollte. Zu beachten sind dabei sicher die teilweise günstigen Erwerbskosten des bei der Stadt bereits vorhandenen Geländes und des hinzuerworbenen Geländes. Auch die Gewinnung von Arbeitsplätzen für Radeberg wird eine nicht unerhebliche Rolle gespielt haben. Inwieweit bei dem Zukauf von Gelände Einzelpersonen übervorteilt worden sind, ist noch zu untersuchen. Es liegen eine Reihe von Einsprüchen und Gerichtsverfahren vor, die jedoch einzeln zu bewerten sind, da teilweise überhöhte Verkaufserwartungen und Spekulationsabsichten offensichtlich sind. So enthielt der Dresdener Anzeiger vom 24.8.1915 eine Anzeige mit dem Inhalt “ Achtung Spekulanten –am 28.8.1915 kommen in Dresden 16 000 qm Bauland zur Zwangsversteigerung, Gelände liegt in Radeberg mitten im Bauplatz, welches der Militärfiskus kaufen muss “.

Die Feldzeugmeisterei II Dresden teilte am 29.9.1915 der Stadt Radeberg mit, dass am 25.9.1915 das Kriegsministerium unter Nr. 9970 I B den Ankauf des Radeberger Geländes verfügt hat. Damit stand der offizielle Baubeginn fest. Mit Verfügung 8770 I B vom 9.9.1915 hatte das Kriegsministerium bereits die Bildung einer ersten Firmenleitung für ein neues FWL ab 1.10.1915 beschlossen. Mit der obigen Verfügung des Kriegsministeriums wurden sofort 500.000,- Mark für die Stadtverwaltung Radeberg für die Finanzierung der Geländezukäufe und des Straßenausbaus zur Verfügung gestellt. Der Abschluss des endgültigen Kaufvertrages zog sich durch EinzelpunktAbstimmungen bis Mai 1917 hin, die Grundbucheintragung für den Reichsfiskus folgte im September 1917. Ihm lag eine Vermessung des Gesamtgeländes vom 1.1.1916 über 115 ha zugrunde.

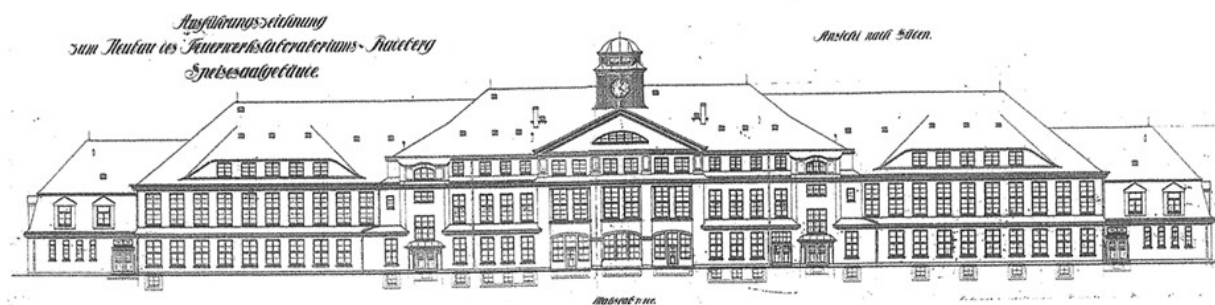
Bereits im Rahmen der ersten Geländebesichtigungen in Radeberg hielten die Verantwortlichen der Feldzeugmeisterei Dresden die Einbeziehung eines Teiles des Forstgeländes im Südwesten für notwendig. Am 20.7.1915 erklärte die Oberförsterei Dresden ihre Bereitschaft für die Freigabe einer 8-10 ha großen Fläche aus den Forstabteilungen 48/49 des Ullersdorfer Reviers zu einem Preis von 3,- Mark pro qm. Nach Preisverhandlungen und Flächenpräzisierungen erfolgte am 19.8.1915 eine endgültige Zusage für 4,5 ha mit einem Preis von 2,50 Mark pro qm mit den Zusatzbedingungen für den Käufer Vergütung des Holzbestandes, Verlegung der “Alten Vier“ und Erneuerung des Wildzaunes.

Bauplanung und Bauausführung

Bereits während der Standortfindung und vor der offiziellen Entscheidung durch das Kriegsministerium am 25.9.1915 fanden parallel schon Planungsarbeiten für das neue Feuerwerkslaboratorium statt. Als Anlage zu einem Schreiben vom 21.8.1915 liegt bereits ein undatierter Vorentwurf von Militärbaumeister Püschel zum FWL Radeberg in den später realisierten Grenzen einschließlich der hinzuerworbenen Forstflächen und mit der charakteristischen Straßenstruktur vor. Die Gebäudestruktur zeigt allerdings noch keine technologisch sinnvolle Verknüpfung und Nutzungszuordnung. Sie entspricht nur im Eingangsbereich

der späteren Realisierung und enthält auch im übrigen Bereich nicht die in bisherigen Berichten angedeutete Vervielfachung des Komplexes Eingangsbereich. Die Struktur der Gleiserschließung hatte bereits die später realisierte Form.

Die vorzeitigen Planungsarbeiten für Radeberg wurden durch eine bisher nicht aufgefundene Verfügung des Kriegsministeriums 5763 I B vom 17.6.1915 ausgelöst. Erste konkrete Planungen bezogen sich auf die späteren Gebäude Verwaltungsgebäude für Materialbeschaffung(103)³, Pförtnerhaus(106) und Zünderzusammensetzung und Speisesaal(108) (Entwürfe eingereicht am 25.8.1915), sowie die Geländeaufteilung und die Planung des Gleisanschlusses. Es kann vermutet werden, dass im Militärbauamt bereits Allgemeinentwürfe vorhanden waren, die modifiziert zum Einsatz gebracht wurden. So enthalten die Bauakten einen vollständigen Entwurf für das Gebäude Zünderwerkstatt(210-213) in später realisierter Form mit der in großer Schrift in die Zeichnung eingearbeiteten Jahreszahl April 1906.



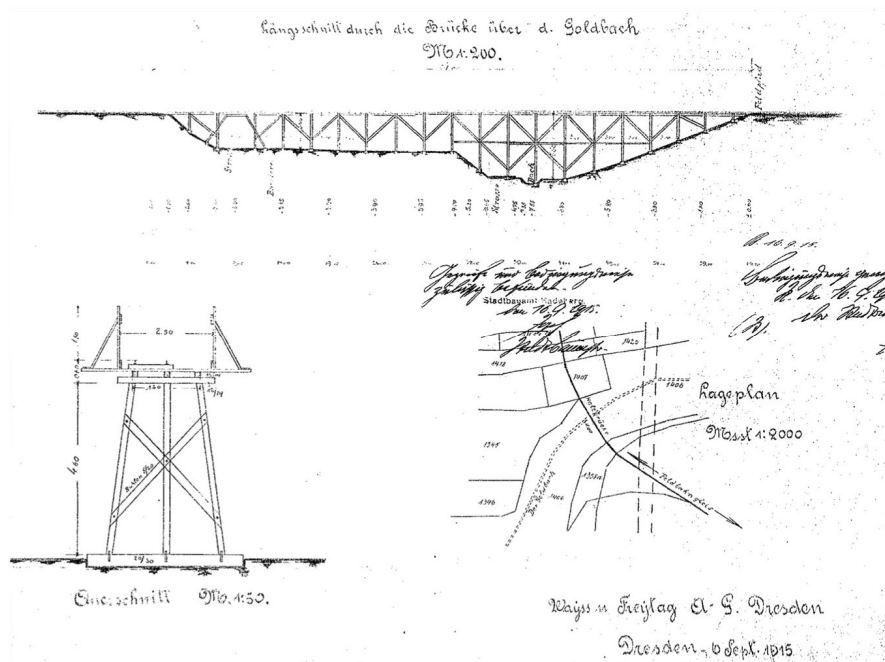
Bauzeichnung Speisesaalgebäude(108)

Am 10.9.1915 erfolgte der erste Spatenstich in Radeberg. Entsprechend der Entwurfsarbeiten wurde im Oktober 1915 mit dem Bau der Gebäude 103, 106 und 108 begonnen, nachdem am 25.9.1915 die Baugenehmigung durch das Kriegsministerium erteilt worden war.

Die Bauleitung oblag von Anfang an dem Militärbauamt III in Dresden, welches unter Leitung von Militärbaurat Barthold (geb. 4.5.1871) stand. Das Militärbauamt III war in Dresden zuständig für das Artilleriedepot, die Artilleriewerkstatt, die Munitionswerkstatt, das Traindepot und das Kadettenkorps. Darüber hinaus für die Standorte Gnaschwitz, Radeberg, Kalkreuth, Marienberg, Skassa und Struppen. Das Haupttätigkeitsfeld lag zu diesem Zeitpunkt jedoch eindeutig in Radeberg.

Für alle Arbeiten wird in den gefundenen Unterlagen durchgängig ein enormer Zeitdruck hervorgehoben. So wird bereits am 21.8.1915 ein Entscheidungsdokument mit der Anfrage vorgelegt, ob unter Beachtung der noch fehlenden Grundsatzentscheidung für das Speisesaalgebäude(108) der Firma Wayss und Freitag AG Dresden als besten Anbieter vorab der Zuschlag erteilt werden kann. Die Firma stellte bereits am 27.8.1915 bei der Stadtverwaltung Radeberg einen Antrag zur Errichtung einer Feldbahn Spurweite 60 cm zwischen Bahnhof und Baugelände FWL. Am 9.12.1915 wird eine Zeichnung für eine zur Realisierung des Projektes notwendige Brücke über das Goldbachtal nachgereicht⁴.

Im Dezember 1915 wurde mit dem Bau eines provisorischen Satzstückladewerkes in Barackenform mit dazugehörigem Wohlfahrtsgebäude (208,205) begonnen. Es war kurzfristig zusätzlich in die Planung aufgenommen worden. In diesem Gebäude erfolgte später der Produktionsbeginn des FWL. Mit seinem Baubeginn erfolgte auch der Abriss des Wohngebäudes und der Nebengebäude des Stillmarkschen Gutes. Sie haben in etwa im Kreuzungsbereich der späteren Betriebsstraßen B und G gestanden.



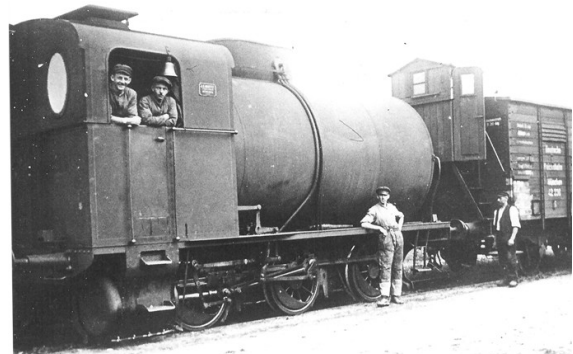
Behelfsbrücke für Materialtransporte über den Goldbach

Zum Baubeginn lag der Schwerpunkt, neben der sofortigen Errichtung von Vorranggebäuden, in erster Linie in Geländeregulierungsarbeiten und Sprengarbeiten in großen Umfang zur Sicherung von Fundamentarbeiten. Hierfür wurde ein Sonderkommando unter Leitung von Unteroffizier Fischer in Verbindung mit Schachtmeister Lohse gebildet. Die Bohrarbeiten und nachfolgenden Schachtarbeiten erfolgten durch russische Kriegsgefangene. Als Sprengstoff wurde Romperit C bei elektrischer Zündung verwendet.

Parallel zu den angefangenen Bautätigkeiten erfolgte der Abschluss der Planung für den Gesamtbetrieb. Die endgültige Gebäudeplanung wich wesentlich von der oben genannten ersten Entwurfsplanung ab und nutzte nur noch Teilflächen des großen Geländes, obwohl die Planungsvorgabe vom 20.11.1915 für die Radeberger Fabrik "Fertigung von 10-13 Prozent des gesamten Reichsbedarfes an Zündern und Sprengkapseln" nicht verändert wurde.



Turbinenhaus Innenansicht



Speicherdampflok im Betriebsgelände

Sie enthielt im Eingangsbereich mit dem Verwaltungsgebäude(104), dem Materialverwaltungsgebäude(103), dem Speisesaalgebäude(108), sowie der Zünderwerkstatt(210-213) einschließlich technischen Nebenbetrieben(301,303) und Lagergebäuden(102,209,302) den Hauptkomplex für die Zünderfertigung. Eine weitere Produktionskonzentration lag in den Gebäuden am süd-östlichen Rand des Geländes. Hier waren einschließlich eines benachbarten Schießplatzes alle unmittelbar mit Sprengstoff in Verbindung stehenden Arbeiten an Sprengkapseln und Zündhütchen gebäudeseitig untergebracht. Aufgrund der großen räumlichen Entfernung vom Hauptgebäudekomplex waren hier ebenfalls umfangreiche So-

zialgebäude ("Wohlfahrtsgebäude") eingeordnet. Zwischen den beiden Komplexen war das Kraftwerk zur Wärme- und Elektroenergiegewinnung einschließlich Kohlebevorratung und Lokschuppen für Dampfspeicherlokomotiven geplant.

Die Fertigungsstätten wurden durch ein chemisches Laboratorium unmittelbar neben dem Heizhaus und eine Zerlegewerkstatt an der westlichen Geländegrenze ergänzt. Die Pulvermagazine und Magazine zur Lagerung fertiger Zünder waren im äußersten süd-westlichen, vom Forst hinzuerworbenen Bereich, vorgesehen. Ergänzt wurde die Planung durch ein Gutshofkomplex im westlichen Teil und einen Wohnkomplex für leitendes Personal im nord-östlichen Bereich, der von anfänglich 7 geplanten Gebäuden auf 4 reduziert wurde. Hierfür liegt mit Datum vom 19.11.1915 ein umfassendes gesondertes Planungsdokument vor. Die Schaffung von Wohnraum für Arbeiter wurde innerhalb der Gesamtplanung ebenfalls betrachtet. In einer Untersuchung vom 9.10.1915 wurde festgestellt, dass die in Radeberg bestehende Baugenossenschaft als politisch nicht zuverlässig eingeschätzt wird und dass daher die Gründung einer eigenen Baugenossenschaft des FWL in Erwägung zu ziehen ist. Bereits am 14.9.1915 war die Belegschaft der Munitionsanstalt Dresden über die Verlagerung der Zünderproduktion im Jahre 1916 nach Radeberg, einschließlich der Arbeitskräfte informiert worden. Die Anmeldung für eine Mitgliedschaft in der Arbeiterbaugenossenschaft Radeberg wurde empfohlen.

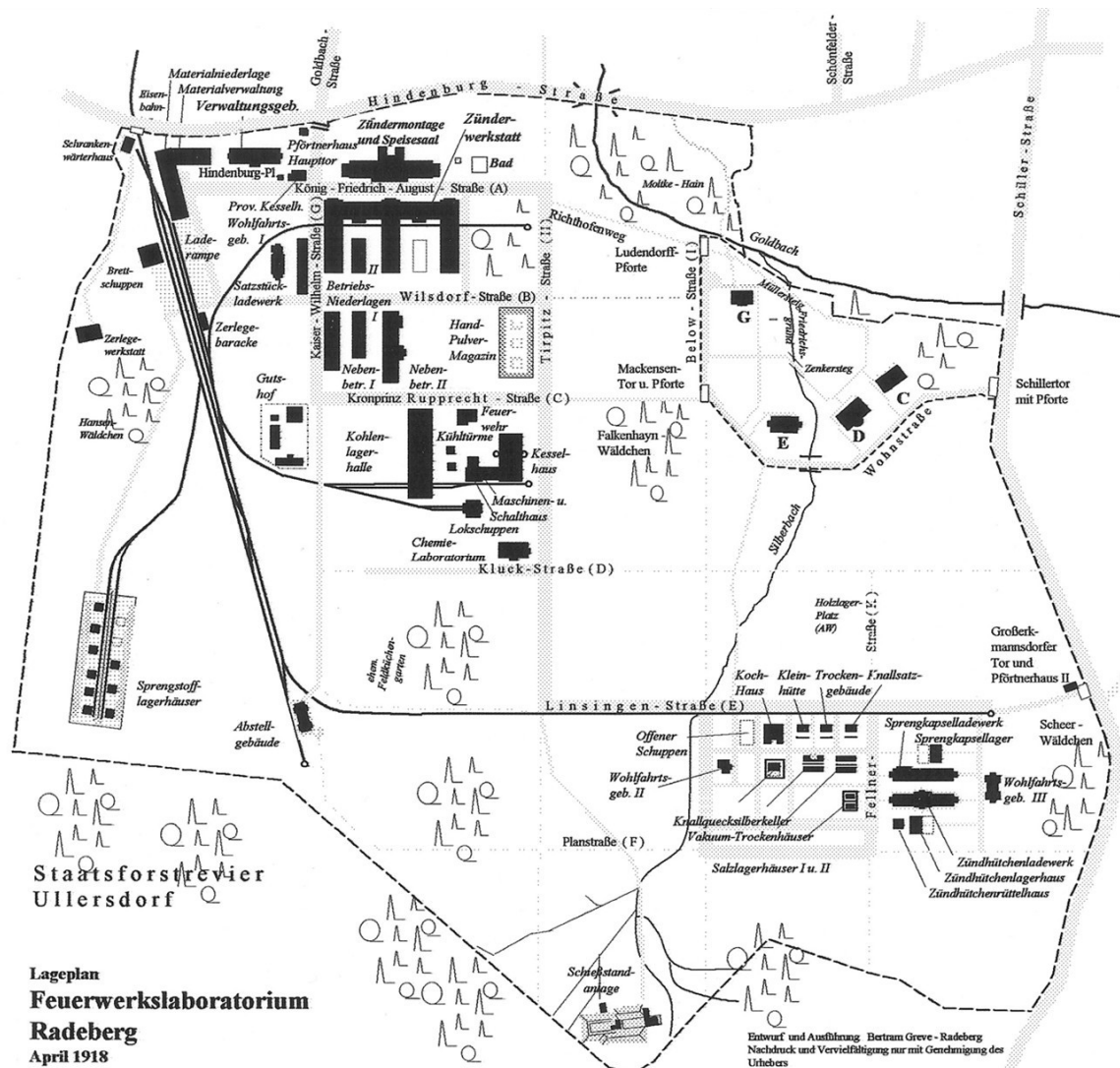
Das geplante Gleisnetz umfasste vom Bahnanschluss im Nordwesten das gesamte zu bebauende Betriebsgelände bis zu den Werkstätten an der südöstlichen Betriebsgrenze. Es wurde mit geringen Abstrichen später realisiert. Dieses Schienensystem wurde ergänzt durch ein Kleinlorenbahnnetz im Bereich der Gebäude der Zünderfertigung, welches bis in die Fertigungsgebäude in den einzelnen Etagen reichte und bis in die Jetztzeit an verschiedenen Stellen in Restpositionen noch zu sehen ist. Ergänzt wurde das Erschließungssystem durch ein umfassendes systematisch rechtwinklig angelegtes Straßennetz, welches mit einem System von Frischwasser und Abwasserleitungen gekoppelt war. Die Gebäude waren mit einem eigenen Klärgrubennetz ausgestattet, die gereinigten Abwässer gelangten in den Goldbach bzw. in die allgemeine Ortsstraßenkanalisation.

Für die Gesamtaufgabe liegen umfassende und ausführliche Kostenplanungen vor, die für Geländeerwerb, Gebäudekosten, Gebäudeversorgungsausrüstungen, Straßen und Gleise, sowie Werkstattausrüstungen einen Gesamtwert von 20.520.000,- Mark ergeben.

Die Bauleitung erfolgte am Anfang von Dresden aus. Ab Mitte 1916 zog die Bauleitung in eine Baracke gegenüber der Innenseite des Gebäudes der Materialverwaltung (103). Ab diesem Zeitraum übernahm Regierungsbaumeister Hentschel (geb. 15.2.1879) die Bauleitung vor Ort bis zur Übergabe des Betriebes an das Sachsenwerk. Die Bauleitung beschäftigte ab Mitte 1916 etwa 40 Personen, diese Personalstärke wurde bis 1919 beibehalten.

Von Anfang an spielte bei den Bauarbeiten die Frage der Arbeitskräfte unter dem Termindruck und dem Fachkräftemangel durch die Kriegssituation eine entscheidende Rolle. So annoncierte die Stadtverwaltung Ende 1915 den Bedarf von 100 Kleinwohnungen und 100 Zimmern (Schlafstellen) für die Heranführung auswärtiger Arbeitskräfte. Ab November 1915 wurden Kriegsgefangene in die Bautätigkeit eingebunden. Sie wurden im Mietverhältnis mit der Firma Hirsch und Berthold (Eigentümer der Gebäude der ehemaligen Hutfabrik an der Dresdener Strasse) untergebracht. Der Mietpreis betrug jährlich 2000,- Mark. Dabei musste nachträglich eine Antragstellung als Kriegsgefangenenlager durchgeführt werden. Die Bewachung erfolgte durch die Garnison Dresden, die Verpflegung wurde über das zentrale Kriegsgefangenenlager Königsbrück gesteuert und später privatisiert. Die ärztliche Betreuung erfolgte durch Dr. Baumann, Radeberg Lange Straße. In Königsbrück befanden sich in diesem Zeitraum bis zu 15.000 Kriegsgefangene verschiedener Nationalitäten gleichzeitig. Kriegsgefangene waren über die gesamte Bauzeit vor Ort. Ihre Zahl lag meist bei 250 in kurzen Zeitabschnitten bei 500. Die Einsatzdauer vor Ort wechselte häufig genau wie die Nationalität der Kriegsgefangenen. Entsprechend gefundener Unterlagen wechselten Russen, Franzosen und Serben. Zusätzlich kamen auch Armeeeinheiten aus der Garnison Dresden

zum Einsatz. Hier waren aufgrund der prekären Facharbeitersituation Soldaten mit Bauberufen aus dem Frontdienst ausgegliedert worden. So wurden im November 1916 für den Bau des FWL 300 deutsche Soldaten zugeführt, die in Massenquartieren mit eigener Verpflegung untergebracht waren. Als größte Bauarbeiterzahl wird für Februar 1917 die Zahl 1500 unter Beteiligung von gleichzeitig 30 Baufirmen genannt. Hierunter befanden sich auch eine große Anzahl Frauen, speziell aus der von starker Arbeitslosigkeit gezeichneten Textilindustrie. Vorhandene Fotoaufnahmen zeigen sie meist ohne geeignete Arbeitsbekleidung bei schweren körperlichen Arbeiten.



Abschließender Gelände- und Gebäudeplan des FWL

Neben den Bauarbeitern stellte mit fortschreitender Kriegsdauer das Baumaterial einen ständigen Engpass dar. Für den Zeitraum ab Mitte 1917 wird ausgeführt, dass aufgrund von Kohlenmangel die Ziegelproduktion in fast allen sächsischen Ziegeleien eingestellt sei und damit erhebliche Bauverzögerungen eintreten. Neben dem Mangel an Baumaterialien führten auch die Materialqualitäten und ständige Verteuerung des Baumaterials zu erheblichen Störungen im Bauablauf. Besonders betroffen waren ab 1918 die Errichtung des Heizkraftwerkes und die Fertigstellung der technologischen Nebengebäude der Zünderwerkstatt, "Nebenbetrieb I und II", sowie "Niederlage 1" (301, 303, 302). Die starken Verzögerungen beim Bau des Heizkraftwerkes machten sogar den Bau eines Hilfsheizhauses (105) im Eingangsbereich notwendig. Die Bauunterbrechungen speziell beim Nebenbetrieb II (303) führ-

ten dazu, dass es im ausgerüsteten Zustand während der Zünderproduktion nicht mehr in Nutzung ging.

Die Bauleitung war bis in das Jahr 1920 damit beschäftigt, Nachforderungen der Baubetriebe aufgrund von Lohnerhöhungen in materialbedingten Bauablaufverzögerungen zu bearbeiten. Als Schiedsgrundlage wurde die Tabelle des Arbeitgeberverbandes Baugewerbe vom 20.5.1919 mit den steigenden Stundenlöhnen genutzt.

	Maurer	Zimmerer	Arbeiter
30. 9.1918	0,87 Mark	0,97 Mark	0,87 Mark
27.11.1918	1,12 Mark	1,12 Mark	1,02 Mark
20. 5.1919	1,39 Mark	1,39 Mark	1,27 Mark

Produktionsaufnahme -Produktionsprofil -Arbeitsbedingungen

Produktionsaufnahme

Wie bereits oben ausgeführt, bestand bereits ab 1.10.1915 für das neu gebildete FWL eine eigene Betriebsleitung. Der Leitung gehörten von Anfang an Oberstleutnant Friedrich (Gesamtleitung), Oberleutnant Peigert (Materialwesen) und Militärbaumeister Müller (Durchsetzung produktionsbedingter Bauforderungen) an. Der Leitung oblag sowohl die zu diesem Zeitpunkt noch in Dresden laufende Zünderproduktion, als auch die Begleitung des Aufbaus des neuen Werkes in Radeberg. Der Sitz der Leitung befand sich anfänglich im Hauptgebäude der Artilleriewerkstatt Dresden im II Stock. Ab Mitte 1916 wurde von hier bereits mit Briefkopf "Königliches Feuerwerkslaboratorium Radeberg" gearbeitet.

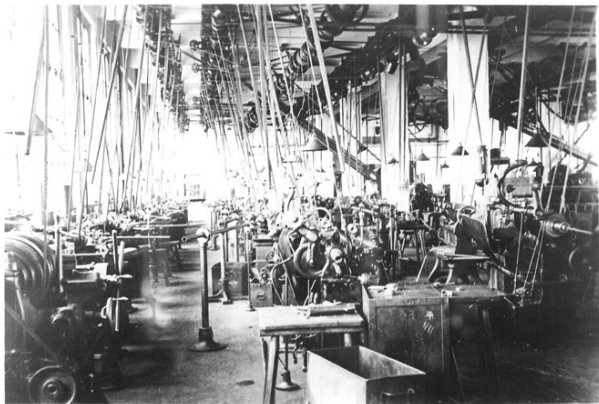
Der Bau des Feuerwerkslaboratoriums in Radeberg war unter dem enormen Druck des Munitionsmangels begonnen worden. Dieser Druck erhöhte sich noch durch die Produktionsausfälle in der Munitionsanstalt Dresden nach der gewaltigen Explosion am 28.12.1916, bei der neben Todesopfern ein materieller Schaden von ca. 25 Mio. Mark entstand. Unter diesen äußeren Bedingungen begann die Produktion in Radeberg am 17.8.1916 im Satzstückladewerk (208), gefolgt von der Zündermontage im ersten Stock des Speisesaalgebäudes (108) inmitten eines riesigen Baugeländes mit einer Vielzahl von provisorischen Zwischenlösungen. Neben den obigen Gebäuden waren zu diesem Zeitpunkt noch fertiggestellt, das Materialverwaltungsgebäude (103), das Pfortnerhaus (106), ein provisorisches Heizhaus (105) und die Handpulvermagazine. Der Gleisanschluss war in einer ersten Ausbaustufe bereits ab April 1916 nutzbar. Die Leitung des Betriebes erfolgte immer noch von Dresden aus.

Die Betriebsleitung hatte aus Anlass der Produktionsaufnahme den Besuch durch den sächsischen König für den Zeitraum vom 20.-31.8.1916 vorgeschlagen. Die Einladung enthielt auch den Fahrweg für die Kutsche seiner Majestät und den Hinweis auf die Übernahme durch eine Eskorte ab Katholische Kirche. Bei Durchsicht der Radeberger Zeitungen aus diesem Zeitraum konnte bisher kein Hinweis gefunden werden, ob der Besuch tatsächlich stattgefunden hat.

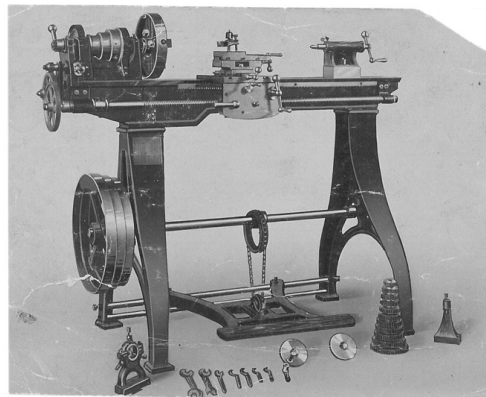
Die Organisation und Leitung der Produktion erfolgte fast ausschließlich durch militärisches Personal. Neben der oberen Leitung im Offiziersrang waren durchweg speziell ausgebildete Feuerwerker und Oberfeuerwerker (Unteroffiziersränge mit meist spezieller Grundausbildung in Berlin Spandau) beschäftigt. Der Produktionsumfang wurde schnell vergrößert, bei Beibehaltung der oben genannten eingeschränkten Produktionsflächen. Ein großer Anteil von notwendigen Arbeitsschritten in der Zünderproduktion wurde noch durch Zulieferungsleistungen ersetzt. Hier bestanden Vertragsbeziehungen mit bis zu 152 Firmen in Sachsen. Demgegenüber lieferte das Radeberger Werk mit Satzstücken und später Sprengkapseln die sensiblen Zünderbaugruppen für fast alle der 14 in Sachsen Zünder produzierenden Privatfirmen. Im Rahmen von sicherheitstechnischen Beurteilungen der Gesamtanlage wer-

den für Ende 1916 für den Betrieb 1300 beschäftigte Arbeitskräfte in der Produktion neben den Bauarbeitern genannt.

Die nächste wesentliche Betriebserweiterung ergab sich 1917 mit der schrittweisen Übernahme der Zünderwerkstatt (210/13) (Beginn 4/1917 mit Keller und Erdgeschoss Ostflügel, Gesamtübernahme 10/1917) sowie im August 1917 mit dem Zündhütchenladewerk und dem Sprengkapselladewerk, einschließlich des in die Geländesüdspitze verlegten Schießplatzes (Restgebäude heute noch Bestandteil des Wohnhauses Robert Blum Weg 10). Der Schießplatz einschließlich der zugehörigen Spezialgebäude diente zur stichprobenartigen Testung aller gefertigten Zünder als Voraussetzung für ihre Auslieferung. Mit der ergänzenden Fertigstellung des Verwaltungsgebäudes (104) im Juni 1917 zog die gesamte Verwaltung von Dresden nach Radeberg um. Im gleichen Zeitraum waren mit erheblicher Verzögerung auch die vier Wohnhäuser für leitende Angestellte übergeben worden. Im Laufe des Jahres 1917 wurden damit über 4000 Arbeitsplätze einschließlich Arbeitskräfte von Dresden nach Radeberg verlegt und der trotz seines erheblichen Umfanges bis dahin als Zweigwerk geführte Betriebsteil im Dresdener Arsenal anderweitig genutzt.



Dreherei in der Zünderwerkstatt 1917



Drehbank für Zünderfertigung 1917

Die maximale Personalstärke zusammen mit den Dresdener Fertigungsabteilungen lag im März 1917 bei 5976 (1892 Männer, 4084 Frauen, nach Umzug aller Abteilungen nach Radeberg (12/1917) im März 1918 bei 5489 Personen (1815 Männer, 3674 Frauen). Eine exakte Verwaltungsstruktur liegt vor, kann hier jedoch aus Platzgründen nicht dargestellt werden.

Anfang 1918 erfolgte durch eine Kontrollkommission die Einschätzung, dass das Gelände in seinen Außenanlagen im Großen und Ganzen fertig sei. Vorrangig resultiert diese Einschätzung aus dem zu diesem Zeitpunkt geschlossenen Außenzaun, dem funktionstüchtigen Einlassdienst, dem wirksamen Wachdienst und dem entstandenen Straßensystem. Wann das neben dem Eisenbahnnetz zusätzlich vorhandene Kleinlorenschienensystem als Verbindung zwischen den einzelnen Fertigungsgebäuden und fortgeführt in den einzelnen Fertigungsgebäuden fertiggestellt wurde, konnte bisher nicht ermittelt werden. Für Ende 1917 wurden in Unfallanzeigen drei Unfallmeldebogen in Zusammenhang mit Transportgleiswagen im und vor dem Speisesaalgebäude (108) und der Zünderwerkstatt (210/13) gefunden. Noch nicht fertiggestellt war zu diesem Zeitpunkt das Heizhaus mit vorgesehener eigener Stromerzeugung (es wurden Elektroenergieauswechslieferungen mit Großröhrsdorf abgestimmt), sowie der große Komplex der späteren Nebenbetriebe I und II einschließlich Niederlage I (301-303) die für so wichtige technologische Verfahren wie verschiedene Galvanikverfahren, Klempnerei, Schmiede, Gießerei, Härterei, Warmpressung und Kaltpressung vorgesehen waren. Einzelne Verfahren wurden provisorisch in der Zünderwerkstatt realisiert.

Für die gesamten Fertigungszeiträume liegen zur Zünderfertigung detaillierte Fertigungspläne vor, die monatlich in Berlin im Waffen- und Munitionsbeschaffungssamt (Wumba) zwischen den produzierenden Betrieben abgestimmt wurden.

Eine wesentliche Rolle innerhalb der Produktionsabläufe spielten immer die Fragen der Sicherheit. Das galt für die Geländesicherung nach außen und für die Produktionsabläufe aufgrund der Verarbeitung explosiver Materialien. Bei Produktionsbeginn 1916 war noch kein geschlossener Zaun vorhanden, die Bewachung einschließlich Einlasskontrolle unzureichend. Erste Versuche zur Verbesserung bestanden in der Ausgabe von grünen Armbinden für Produktionsarbeiter einschließlich Blechmarken und gelben Armbinden für Bauarbeiter. Eine eigene Betriebsfeuerwehr gab es erst nach der Übergabe der Feuerwache(403) im August 1917 in unmittelbarer Nachbarschaft zum Heizkraftwerk. Als Ausrüstung wird für Anfang 1918 genannt 1 Motorspritze, 1Gerätewagen, 4 Schlauchwagen, 1Krankenwagen, 1 mechanische Leiter und 1165 Meter Schlauch. Für die Löschwasserversorgung standen im Gesamtgelände flächendeckend 45 Hydranten zur Verfügung. Im Feuerlöschdienst gab es 48 ausgebildete Personen, wobei tagsüber 4 Mann im Feuerwehrhaus anwesend waren. Nachts betrug die feste Besetzung 2 Mann, die im Ernstfall durch Pförtner- und Wächterpersonal Unterstützung erhielten.

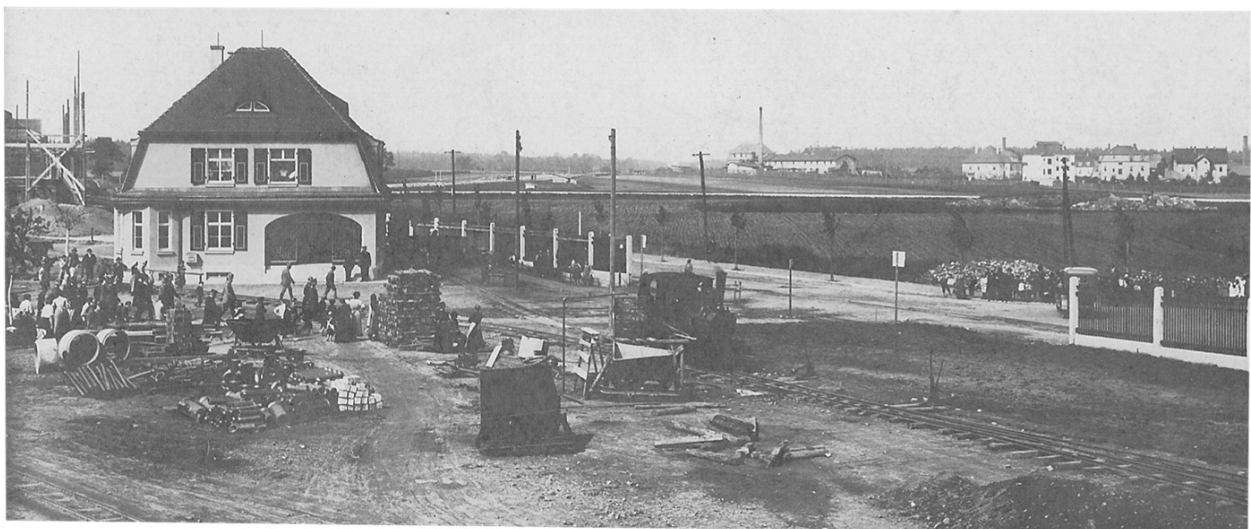


Feuerwache



Motorspritze

Der oben geschilderte unzureichende Sicherheitszustand im Eingangsbereich bei Produktionsaufnahme 1916 ist aus dem nachfolgenden Bild des Eingangsbereiches zu diesem Zeitpunkt zu entnehmen. Es zeigt auch das im Abschnitt Bauausführung angesprochene Transportsystem mittels Schmalspurloren der Baufirma Wayss und Freitag.



Haupteingangsbereich mit Pförtnerhaus Ende 1916

Es erscheint erstaunlich, dass unter diesen Umständen die Unfälle in der Produktion und im Betriebsgelände minimal waren. Die Durchsicht der Unfallprotokolle zeigt im Wesentlichen

normale Unfälle, wie Schnittwunden an Stanzteilen, Zerrungen und Quetschungen bei Transportarbeiten und Verletzungen bei bewussten bzw. fahrlässigen Umgehungen von Arbeitsvorschriften.

Ein Unfall mit Katastrophenumfang ereignete sich am 13.8.1917, als ein Beschäftigter den Sprengstoffbestand von 2 700 kg Schwarzpulver im Magazin 6 unmittelbar am Waldrand zur Explosion brachte. Der Untersuchungsbericht geht davon aus, dass der zu den Magazinen Zutrittsberechtigte verstorbene Unfallverursacher nach mehreren Disziplinarmaßnahmen und persönlichen Problemen in selbstmörderischer Absicht gehandelt hat. Neben dem Unfallverursacher verstarben ein Kriegsgefangener, ein Zivilangestellter und ein Armeeeingehöriger. Weiterhin wurden im unmittelbaren Umfeld vier Armeeeingehörige schwer verletzt. Die Getöteten und Schwerverletzten waren mit Bewachungsaufgaben bzw. Baumaßnahmen im Eisenbahngleisbereich in unmittelbarer Nähe der Magazine beschäftigt. Neben dem direkt betroffenen Magazin 6 wurden die Magazine 5 und 7 ebenfalls zerstört und das Magazin 4 stark beschädigt. In der weiteren Umgebung traten in erster Linie Zerstörungen an Fensterscheiben auf. Die ausgelöste Druckwelle reichte bis in die Stadt Radeberg. Neben den Auswertungen des Untersuchungsberichtes zeigt die Auswertung der betrieblichen Unfallmeldungen für diesen Zeitraum die Verletzung von 42 weiteren Produktionsarbeitern im gesamten Betriebsgelände. Die Verletzungsbilder zeigen Schnittverletzungen von defekten Scheiben, Verletzungen nach Panik – und Fluchtreaktionen, sowie im erheblichen Umfang speziell bei Frauen Krankheitsbilder mit Angstneurosen.

Produktionsprofil

Die Hauptausrichtung des Produktionsprofils im FWL umfasste die Fertigung von Zündern. Und hier vorrangig

- Brennzünder für Schrapnell
- Brennzünder für Granaten
- Aufschlagzünder für Granaten ohne Verzögerung
- Aufschlagzünder für Granaten mit Verzögerung
- Doppelzünder,

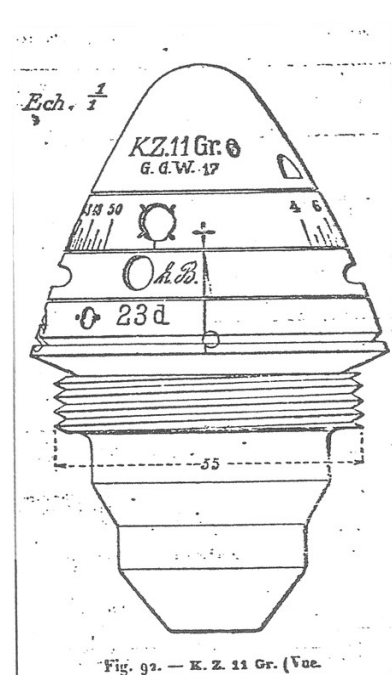
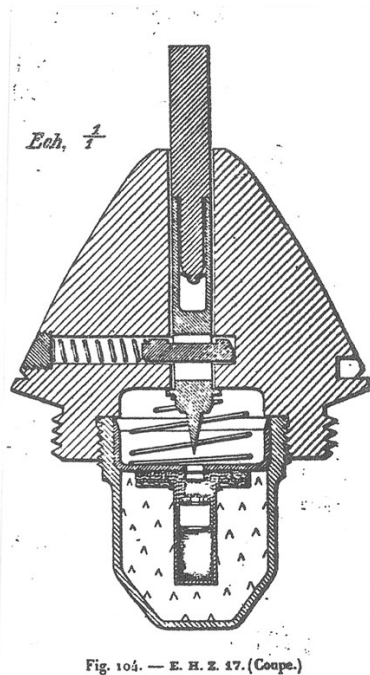
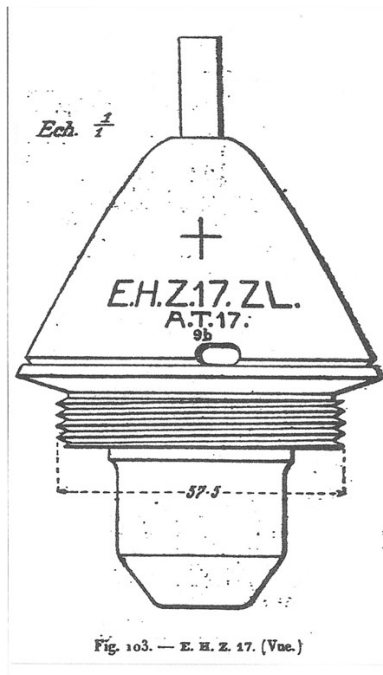
weiterhin wurden Infanteriezündhütchen in großen Stückzahlen gefertigt, sowie Satzstücke und Sprengkapseln als Zulieferung für die Privatindustrie.

Im Funktionsprinzip bei allen Zündern wird zuerst eine Initialzündung ausgelöst, die dann direkt oder mit Verzögerung auf eine im Zünder ebenfalls enthaltene Übertragungszündung (Sprengkapsel) übergeht. Von dieser wird dann die Hauptsprengladung des jeweiligen Geschosses gezündet. Der Zünder wird nach seiner Fertigstellung dazu durch Schraubverbindung mit dem eigentlichen Geschoss verbunden, wobei der Sprengkapselteil direkt in das Geschoss ragt. Da die Zündstoffe der Zünder im besonderen Maße explosiv sind, werden die Zünder teilweise für den Transport speziell gesichert.

Bei dem Aufschlagzünder wird die Zündung nach dem Aufprall des Geschosses mechanisch mittels Stößel über ein Zündhütchen ausgelöst und dann auf die Sprengkapsel übertragen. Die Zündung erfolgt zeitlich direkt oder über eine einstellbare aber zeitlich feste mechanische Verzögerung. Als Beispiel aus dem Radeberger Produktionsprogramm ist der E.H.Z.17 (empfindlicher Haubitzenzünder 17) als Zeichnung dargestellt.

Bei den Brennzündern handelt es sich fast ausschließlich um einstellbare Zünder. Im sogenannten oberen und unteren Satzstück befindet sich eine mit Schwarzpulver gefüllte Ringnut. Durch gegenseitige Verdrehung der Satzstücke (Eieruhrprinzip) kann die Abbrennzeit eingestellt werden, nach deren Ablauf wiederum die weitere Zündung über die Sprengkapsel erfolgt. Die Initialzündung des Schwarzpulvers erfolgt durch die Wärmeentwicklung im jeweiligen Geschützrohr beim Abschuss. Die Montage mit dem Geschoss erfolgt analog

wie beim Aufschlagzünder. Als Beispiel aus dem Radeberger Produktionsprogramm ist der K.Z.11 Gr (Kopfzünder 11 Granate) ebenfalls als Zeichnung dargestellt.



Empfindlicher Haubitzenzünder 17 ⁵

Kopfzünder 11 ⁶

Fertigmachen von Fall und Sprengproben, sowie Beschussmunition für den Schießstand (alle gefertigten Zünder durften erst nach Alle Zünder wurden in speziellen wiederverwendbaren Kisten gelagert und zur Munitionsmontage versandt. Insgesamt wurden in Radeberg 10 verschiedene Zündertypen gefertigt. Für einige Typen liegen umfassende Fertigungs- und Preiskalkulationen vor. Die Einzelpreise lagen zwischen 9 und 15 Mark. Als Massenproduktion ergänzten Infanteriezündhütchen 88 das Fertigungsprofil.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld lag in umfangreichen Analysetätigkeiten auch für Fremdfirmen im Chemischen Labor (heute Ärztehaus Robert Blum Weg), fertiggestellt im März 1917 mit den Schwerpunktaufgaben

- Feuchtigkeitsbestimmungen an Sprengpulver
- Zinkzünderanalysen
- Werkstoff- und Festigkeitsuntersuchungen
- Bruch- und Schliffuntersuchungen
- Sprengstoffanalysen

Ergänzt wurde das Gesamtprofil durch die Zünderzerlegewerkstatt (heute Wohnhaus Waldstr. 2), fertiggestellt im Juni 1917 (vorher war eine provisorische Zerlegebaracke südlich des späteren Gebäudes vorhanden), mit den Aufgaben

- Untersuchung eingesandter Zünder zur Fehleranalyse
- Zerlegung beanstandeter aber äußerlich brauchbarer Zünder von Fremdbetrieben und aus dem Felde zur Teilwiederverwendung
- Fertigmachen von Fall und Sprengproben, sowie Beschussmunition für den Schießstand (alle gefertigten Zünder durften erst nach Probebeschuss einer Stichprobe ausgeliefert werden)

Arbeitsbedingungen



Arbeiterinnen vor dem Speisesaalgebäude 1917

Die Arbeitsbedingungen waren neben den allgemeinen kriegsbedingten Einschränkungen in der Versorgung und Lebensgestaltung zusätzlich gekennzeichnet durch

- Facharbeiterkräftemangel
- Arbeit unter gleichzeitigen umfangreichen Baumassnahmen
- Hoher Anteil von Frauen bei teilweiser schwerer körperlicher Arbeit und zumindest in den ersten Jahren extrem niedriger Bezahlung
- Teilweise weite Arbeitswege durch das große Einzugsgebiet

Der durchschnittliche Arbeitsverdienst lag bei Produktionsaufnahme

- für Frauen bei 70 Mark in vier Wochen
- für Männer bei 170 Mark in vier Wochen

Das Verhältnis hatte sich bei gleichzeitiger Lohnsteigerung im März 1918 etwas verbessert, war aber immer noch erheblich

- für Frauen 140 Mark in vier Wochen
- für Männer 280 Mark in vier Wochen

Angaben für März 1919

- Für Frauen 163 Mark in vier Wochen
- Für Männer 303 Mark in vier Wochen

Ab 1916 wurden zusätzlich Beihilfen und Teuerungszulagen gezahlt, später kamen vierteljährliche Belohnungen in Geldform hinzu. Da die genannten Zusatzzahlungen immer mit Preiserhöhungen in der Lebenshaltung einhergingen, wurde häufig über Unmutskundgebungen unter der Belegschaft berichtet. Für das Jahr 1917 betrug die Gesamtlohnzahlung 11.788.549,- Mark, aufgeteilt auf 9.697.981,- Mark Lohn, 1.057.629,- Mark Beihilfen und 1.274.752,- Mark Teuerungszulagen.

Der Lohn wurde abweichend von den eigentlichen gesetzlichen Regelungen 14-tägig ausgezahlt. Dabei kamen 1917 nach der Konzentration des Werkes in Radeberg erstmals abgepackte Lohntüten anstelle der Kassenauszahlung zum Einsatz. Die Lohntüten dienten mit 14-tägiger Gültigkeit gleichzeitig als Einlasskontrolle am Werktor und berechtigten zum Er-

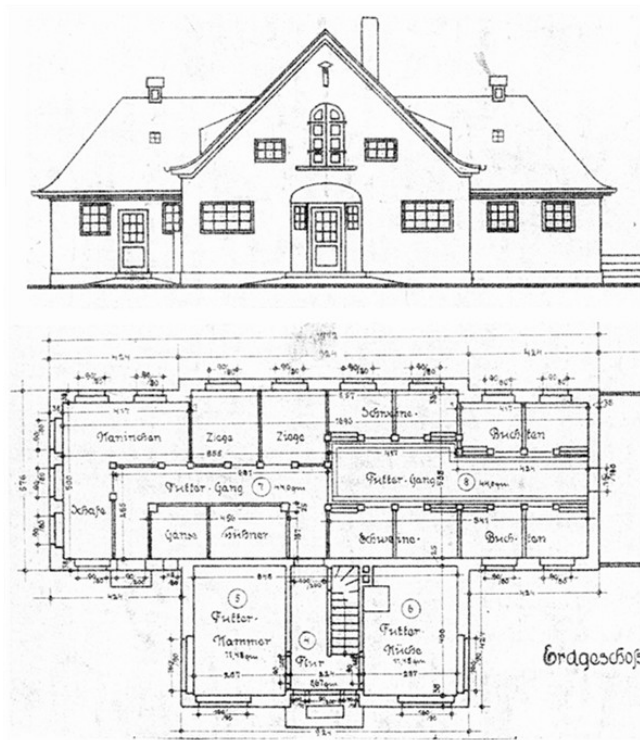
werb von Lebensmittelsonderbezügen im Werk. Diese Zusatzbezüge waren besonders begehrt, da das Werk als Betrieb der Leichtindustrie eingestuft war und damit staatliche Lebensmittelsonderbezüge entfielen. Mit der Einführung der Lohntüten reichte die Bereitstellung von Scheidemünzen durch die Reichsbank in Dresden nicht mehr aus. Um den ständigen Engpass zu umgehen, wurden ab 1917 betriebsinterne sechseckige Münzen aus Zink in den Umlauf gebracht.



Notgeld des FWL⁷

Um aufgrund der schlechten Versorgungslage den Beschäftigten die Möglichkeit eines hohen Eigenversorgungsanteiles aus Gartenanbau (siehe "Kohlrabiinsel" in Radeberg) bei teilweise langen Arbeitswegen zu ermöglichen, wurde die ursprüngliche Pausenzeit von anfänglich 1,5 Stunden auf 0,5 Stunden reduziert. In den in drei Abschnitten gestaffelten Pausen konnten jeweils 2000 Personen im ursprünglich für Männer und Frauen getrennten Speisesaal(108) ihre Malzeit einnehmen. Dabei wurden ca. 3000 Portionen Essen ausgegeben, für die weiteren ca. 3000 Arbeitnehmer standen im Speisesaal in unmittelbarer Umgebung der Sanitärtrakte Wärmeschränke zur Erwärmung der mitgebrachten Essenkübel zur Verfügung. Im Speisesaal wurde auch kostenlos Sodawasser und heißes Wasser zur Getränkeelbstbereitung ausgegeben.

Die komplizierte Lebensmittelbeschaffung für die Bereitung des Werksessens wurde durch das im Mai 1916 in Betrieb genommene und im März 1917 fertiggestellte Werksgut verbessert. Im Gut arbeiteten 8 männliche und 18 weibliche Hilfskräfte. Neben der Stalltierhaltung waren 5 Pferde für die landwirtschaftliche Bearbeitung aller Feiflächen zwischen den bebauten Gebäuden vorhanden. Außerdem waren im Gut die Diensthunde des Wachpersonales untergebracht.



Kleinviehstall des Betriebsgutes

Das östlich neben dem Speisesaalgebäude (108) geplante große Badehaus wurde in der Ausführung ständig verschoben und dann bis zum Verkauf des Betriebes nicht mehr gebaut. Um die in den damaligen Arbeitsschutzmaßnahmen vorgeschriebenen Reinigungsbäder realisieren zu können, hat der Betrieb nach umfangreichen Verhandlungen größere Teilkapazitäten des Kurbades Johne in der Pirnaischen Straße gebunden. Später wurden als anteilige Eigenlösungen Duschen im Dachbodenbereich des Gebäudes 210-213 eingebaut.

Am 1.4.1918 wurde im Wohlfahrtsgebäude des Zündhütchen- und Sprengkapselladewerkes mit der Ausbildung von 16 Lehrlingen zu Werkzeugmachern begonnen. Der Ausbildungsplan war anfänglich eingeschränkt auf Deutsch, Rechnen, Technik des Eisens, Berufskunde und Technische Maßskizzen. Nach positiver Bewertung der Ausbildung durch staatliche Kontrollkommissionen, erhielt die Berufsschule bald den Status einer Gewerbeschule im Sinne der Bedingungen des Königlichen Ministeriums des Innern, bei wesentlich erweitertem Ausbildungsprogramm.

Kriegsende-Produktionsauswirkungen

Bereits im zweiten Halbjahr 1918 war es zu Reduzierungen in der Produktion des FWL gekommen, ohne dass bis dahin die geplante bauliche und produktionsseitige Kapazität erreicht wurde. Einen einschneidenden Einfluss hatte dann der Abschluss des Waffenstillstandes am 11.11.1918. Ab 15.11.1918 wurde die Zünderproduktion in der Privatindustrie eingestellt, die ja sowohl Teilezulieferer für Radeberg als auch Abnehmer für Satzstücke und Sprengkapseln waren. Am 12.11.1918 wurde in Radeberg der Arbeiter- und Soldatenrat mit drei Militärpersonen, einem Arbeiter und einem Angestellten eingesetzt. Eine direkte Übernahme der Leitung des Betriebes erfolgte jedoch nicht. Die Einflussnahme geschah über einen "Runden Tisch", alle wesentlichen Protokolle und Dokumente wurden durch die Betriebsleitung und den Arbeiter- und Soldatenrat gemeinsam unterschrieben. Am 31.1.1919 wurde die Zünderproduktion per Dekret generell eingestellt. Zum gleichen Zeitpunkt wurde auch das Kriegsgefangenenlager aufgelöst und die Barackenbauten abgerissen.

Bis zu diesem Zeitpunkt sind in Sachsen 40.992.209 Zünder gefertigt worden, der größte Teil in der Privatindustrie. Im FWL Radeberg wurden 5.877.555 Zünder gefertigt mit den Schwerpunkten 1.408.826 Stück HZ 14 und 1.131.000 Stück KZ 11 Gr. Darüber hinaus wurden ca. 35 Mio. Infanteriezündhütchen 88 geliefert. Weiterhin mit 14,5 Mio. Satzstücken und 42,9 Mio. Sprengkapseln der fast vollständige Umfang dieser äusserst sensiblen Baugruppen, auch für die Privatindustrie.

Als Aufgaben für die verbliebenen Beschäftigten blieben neben Erfassungsaufgaben innerhalb des Betriebes nur Materialübernahmen von Räumungszügen aus Fronrückläufern. Später kamen Zerlegearbeiten an rückgeführten Kanonen und Fahrzeugen, sowie die Zerlegung von Zündern hinzu. Am 31.3.1919 waren noch 8 Offiziere, 22 sonstige Militärpersonen, 14 Beamte, 23 Angestellte, 1345 Arbeiter und 556 Arbeiterinnen im Betrieb beschäftigt. Unter ihnen befanden sich 346 Kriegsinvaliden.

Ein Übergang auf sogenannte staatlich geführte Friedensproduktion zeigte trotz intensiven Bemühungen keinen Erfolg. Die durch den Arbeiter- und Soldatenrat veranlasste Aufnahme der Produktion von Wasserhähnen und Stühlen war für die Betriebsgröße ungeeignet und erfolgte weit über Kostendeckung. Hinzu kam, dass auch in anderen ehemaligen Rüstungsbetrieben mit der Fertigung von Wasserhähnen begonnen wurde. Die weitere Friedensproduktion in Form von Stanzteilen für Feuerzeuge und Zahnstocherhülsen waren ebenfalls für die Betriebsgröße nicht geeignet.

Sowohl Vorschläge zur Aufnahme einer Lokomotivproduktion bei Kenntnis der Bau- und Ausrüstungssituation, als auch Vorschläge zur Betriebsübernahme durch die Arbeiterschaft können nur unter der emotionalen Situation der damaligen Zeit verstanden werden und erinnern stark an die spätere Situation sowohl des Betriebes, als auch der staatsorganisatorischen Abläufe nach der Wende 1989.

Ab Juni 1919 erfolgte unter Leitung des dem Finanzministerium unterstellten Reichsverwertungsamtes- Landesstelle Sachsen die Werterfassung aller Rüstungsbetriebe und damit auch des Feuerwerkslaboratoriums Radeberg. Am 25.6.1919 wurden nachfolgende Werte im zentralen Fragebogen für Radeberg erfasst.

Grund und Boden	1,266 Mio. Mark
Hochbaurate	14,000 Mio. Mark
Tiefbaurate	3,600 Mio. Mark
Einrichtungen	6,100 Mio. Mark
Maschinen	2,400 Mio. Mark
Werkzeuge	1,233 Mio. Mark
Material	9,212 Mio. Mark

Ab diesen Zeitraum werden alle Betriebsdokumente neben dem Direktor Friedrich zusätzlich vom Beauftragten der Regierung für das FWL Radeberg, Ulbricht unterschrieben, der seinen festen Arbeitsplatz im Betrieb hatte.

Für Militärangehörige im Unteroffiziersrang erfolgte eine umfassende und großzügige Beförderung zu Offizieren des Beurlaubungsstandes, die mit einer Verpflichtung zum Ausscheiden aus dem Betrieb verbunden war aber dafür zur Aufnahme einer Tätigkeit als Beamter im Zivilbereich berechnete.

Die Entscheidungsvorbereitung für die weitere Nutzung der Militärbetriebe erfolgte durch Kommissionen. So erfolgte die Beurteilung des FWL Radeberg am 17.7.1919 neben dem Betriebsdirektor, durch Minister Schwarz, Generalfeldzeugmeister Fellmer, Ministerialdirektor Dr. Klein und Professor Schlesinger als unabhängigen Gutachter. Das Gutachten führt aus, dass aufgrund der fehlenden Energieversorgung (die Turbine im Heizkraftwerk war zwischenzeitlich demontiert, da es sich um belgische Kriegsbeute handelte), der Weiträumigkeit des Geländes (hoher Bewachungsaufwand, keine sinnvolle Logistik), der Spezifik und Größe der Gebäude bei fehlenden Produkten und der einseitigen Ausrüstung der vorhande-

nen Maschinen auf die Verarbeitung von Messing und Aluminium, eine Weiterführung als Staatsbetrieb nicht in Frage kommt.

Eine Analyse der Belegschaft vom 1.9.1919 zeigt

	männl.	weibl. , davon	Fried. Arb.	Abrüst. Arb.
Militärangest.	25	0	0	25
Beamte	11	0	4	7
Angestellte	152	24	40	136
Arbeiter	1024	77	338	763

Dazu wird ergänzt, dass zum 1.10.1919 von den Militärangestellten, Beamten und Angestellten 148 Personen von der Abwicklungsstelle übernommen werden können. Für Arbeiter sei keine Abwicklungsstelle vorhanden, sie sind solange zu beschäftigen, wie das FWL besteht.

Eine Aufstellung der gezahlten Löhne und Gehälter für den Zeitraum von Januar bis August 1919 ergibt 5,6 Mio. Mark, bei Betriebseinnahmen für den gleichen Zeitraum in Höhe von 1,2 Mio. Mark.

Nachdem die oben aufgeführte Situationseinschätzung des Betriebes durch eine weitere Besichtigung bestärkt wurde, erfolgte nach Ausschreibung und Verhandlungen durch die Staatsregierung der Verkauf des Feuerwerkslaboratoriums Radeberg am 31.1.1920 an das Sachsenwerk, Licht- und Kraft- A G in Dresden. Die Übergabe wurde von einer intensiven Pressediskussion einschließlich Vorwürfen an die Staatsregierung wegen des geringen Kaufpreises für Grund und Boden sowie Gebäude von nur 1,5 Mio. Mark als Schleuderpreis begleitet. Auch hier zeigt sich eine nahezu identische Situation wie bei den Veräußerungen durch die Treuhandanstalt nach der Wende 1989. Argumente aus dem Bericht der Staatskanzlei im Februar 1920 zu dem niedrigen Kaufpreis.

- Kaufvertrag enthält Verpflichtung zur Übernahme von 800 Arbeitern für mindestens zwei Jahre. Daraus resultiert eine hohe finanzielle Anfangsbelastung des übernehmenden Betriebes bis zur vollen Produktionsaufnahme. Bei Verstößen ist eine Strafsumme von 2,0 Mio. Mark zu zahlen
- Bei Weiterverkauf des Betriebes sind 50% des Gewinnes an die Staatsregierung abzuführen
- Der Verkauf des durch das Sachsenwerk übernommenen Materialbestandes erfolgt in einem getrennten Vertrag zu dem marktüblichen Preis von 16,5 Mio. Mark

Am 14. 2.1920 erfolgte beim Gewerbeamt in Radeberg die Gewerbeanmeldung nach Kauf durch das Sachsenwerk. Der Betriebskomplex an der heutigen Juri- Gagarin- Straße wurde innerhalb der Verkaufsverhandlungen mit dem Sachsenwerk Niedersiedlitz aus dem Gesamtgelände ausgegliedert und an den Hutschenreuther Konzern Dresden verkauft.



Späterer Betriebskomplex "Hutschenreuter" mit Wohlfahrtsgebäude (hinten), Sprengkapselladewerk (links), Zündhütchenladewerk (rechts), die Vakuum-Trockengebäude und Mischhäuser (vorn) sind bereits zu Wohnungen umgebaut

Quellen

- Der Inhalt wurde in erster Linie nach Durchsicht von ca. 50 Akten aus dem Bestand 11 270-Feldzeugmeisterei des SHStA Dresden erarbeitet. Da in diesen Akten generell keine Einzelseitennummerierungen vorliegen und eine Vielzahl von Dokumenten in mehreren Akten parallel vorhanden waren, wurde für diesen Quellenbestand auf Einzelhinweise verzichtet.
- Fotonachweis Seite 5 unten, 9, 10 unten Archiv Sachsenwerk/ Prettl; Seite 7 B. Geve; Seite 13 M. Knöfel; Seite 18 Saxonia Medical Radeberg; Seite 2, 4, 5 oben, 10 oben, 14,15, Autor

¹ Holger Starke, Dresdner Geschichtsbuch Nr.5-1999, S.150

² StA Radeberg Akte 3435

³ Die Klammerbezeichnungen bei Gebäuden entsprechen einer später eingeführten und heute noch gültigen Gebäudebezeichnung

⁴ StA Radeberg Akte 3430

⁵ Artellerie Allemande-Les Fuses, Paris 1919

⁶ ebenda

⁷ Privatbesitz A. Kindler